

# Noch kein Licht im EU-Agrar-Öschungel

## EU-Kommissar Kallas: "Namens und Summen müssen offen gelegt werden"

Jahr für Jahr fließen hunderte Millionen Euro an Fördergeldern in die 25 Staaten der Europäischen Union. Was genau mit den Geldern passiert, welchen Projekten und Personen sie zugute kommen, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Der für Budgetkontrolle zuständige EU-Kommissar Kallas will Licht in den Vergabedschungel bringen.

VON SABINE SEEGER

Der Geldseggen aus Brüssel ist groß: Knapp 45 Milliarden Euro will die EU im kommenden Jahr an Europas Bauern verteilen. Sechs Milliarden werden allein nach Deutschland fließen. Die Landwirte haben also allen Grund zum Lachen – wäre da nicht ein Haken. Freuen können sich nämlich nur die Großen der Agrarbranche: die Flächenbetriebe in Großbritannien etwa.

Auf der Insel zählen die britische Königin Elisabeth und ihr Sohn Prinz Charles mit mehr als einer Millionen Euro schweren Subvention zu den Glücklichen. In Frankreich sind es die Getreidebauern im Pariser Becken. In Deutschland die Flächenbetriebe im Osten, die aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) hervorgingen, die

Top-Ten der exportierenden Fleischfirmen und Mega-Molkereien wie Nordmilch, Hochland oder Nestle. Allein in Sachsen gibt es knapp 250 Betriebe, die mehr als 1000 Hektar bewirtschaften. Bei einer EU-Prämie von durchschnittlich 330 Euro pro Hektar bringt diese Größenordnung einen Gewinn von 330 000 Euro ein.

### 80 Prozent der Mittel an die Großen

Die größtenteils erste Garde in Europas Landwirtschaft kassiert nach Angaben der Kommission rund 80 Prozent der Mittel. Daran hat sich auch nach der Agrarreform von 2003 nichts geändert. Die Kleinen, von der Branche oft zynisch als „Taschen geldbauern“ abgetan, müssen sich dagegen besehden. Ein knappes Viertel der deutschen Landwirte mittlerer bis kleiner Betriebe kriegt gerade mal 1250 Euro im Jahr an Flächen- oder Betriebsprämiens. Weitere 30 Prozent können auf nicht mehr als 5000 Euro bauen.

„Wir geben für Agrar- und regionale Strukturlöhnen 85 Prozent unseres gesamten Budgets aus“, erklärt der für die Kontrolle des Haushalts zuständige EU-Kommissar Siim Kallas. „Aber die Menschen in der

Union wissen nicht, wie das Geld, das sie schließlich bezahlen, ausgegeben wird.“ Das will der ehemalige Finanzminister und Premier von Estland ändern. Ende Mai hat er die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, publik zu machen, wer in den Genuss des Manna aus Brüssel kommt. „Namen und Summen müssen offen gelegt werden“, fordert er. Der Steuerzahler müsse sich ein Bild machen können, ob „die Gelder fair verteilt werden“. Notfalls will er die Länder mithilfe seiner Transparenz-Initiative dazu zwingen. Im Europaparlament reagiert Kallas damit offene Türen ein. Auch die Hilfsorganisationen Oxfam und der World Wildlife Fund WWF unterstützen den Kommissar. Acht EU-Staaten haben schon seit langem Schluss gemacht mit der Geheimnistuerie. So legen Großbritannien, Schweden und die Niederlande offen, wer mit wie viel von den Brüsseler Topfen profitiert. Auch in Dänemark kann jedermann einsehen, welche Beträge an den Bauernhof flossen, der von Familienangehörigen der EU-Agrar-Kommissarin Marian Fischer Boel bewirtschaftet wird. Und Frankreich – mit 9,4 Milliarden Euro Zufluss pro Jahr vor Spanien und Deutschland absolut an der Spitze – zeigt sich nicht mehr so

zugeknöpft wie einst. Deutschland, Österreich, Griechenland und Polen zeigen dem Brüsseler Reformer hin gegen die kalte Schulter. Sie weigern sich, die Nutznießer der Agrarbeihilfen offen zu legen. Er habe inzwischen zahlreiche Protestbriefe erhalten, klagt Kallas, auch einen von einem bayerischen Minister. In Berlin stellen sich sowohl Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) als auch der Deutsche Bauernverband quer. Dort fürchtet man Neiddiskussionen und stellt den Informationsgewinn der Öffentlichmachung infrage. Gegenüber Brüssel argumentieren die Widersacher darunter mit Datenschutzgründen.

**EU-Finanzplan auf dem Prüfstand**  
Gegner der Brüsseler Agrarpolitik, wie etwa der britische Premier Tony Blair, ziehen schon lange auf eine drastische Verkürzung der gesamten Agrarsubventionen. Blair setzte durch, dass der mit großer Mühe verabschiedete EU-Finanzplan für den Zeitrahmen 2007 bis 2013 in zwei bis drei Jahren noch einmal auf den Prüfstand kommt. Dann will man auch darüber reden, ob in Zeiten schrumpfender Landwirtschaft die Agrarbeihilfen überhaupt noch einen Sinn ergeben.

UR 7.6.06

LR 16.6.06

## LESERMEINUNGEN

Claudia Lohmann aus Elsterheide schreibt zum Beitrag „Noch kein Licht im EU-Agrar-Dschungel“, (RUND-SCHAU vom 7. Juni): ( . . ) Betrachteten Sie Ihre Rechnung eines LPG-Nachfolgebetriebes einmal mathematisch, so würden Sie bemerken, dass 330 000 Euro für einen 1000-Hektar-Betrieb die gleichen 330 Euro pro Hektar ergeben wie für einen Wieder-einrichter 33 000 Euro mit 100 Hektar. Der „Große“ hält vielleicht noch 300 Kühe und beschäftigt damit 15 Leute mehr als der „Kleine“. Möglicherweise sogar in der strukturschwachen Lausitz. . . ! Wenn Sie sich mit dem Thema der Ausgleichszahlungen der Landwirtschaft ehrlich auseinander setzen, werden Sie erkennen, dass neben einem Anteil zur Einkommensicherung der Landwirte (als Teil der Gesellschaft) ein erheblicher Teil als Bezahlung für die Dienstleistung der Landwirte gegenüber der Gesellschaft gedacht ist. Und hier denke ich nicht nur an die gepflegte Kulturlandschaft in Deutschland.

( . . ) Diejenigen, die wirklich von den Beihilfen profitieren, sind die Verbraucher. Erkennbar an den stabilen Verbraucherpreisen für Nahrungsmittel und einer deutlich verringerten Inflation durch das Geld aus Brüssel. Denn im Gegensatz zu allen anderen, die in der Produktionskette irgendwo dazwischenstehen, hat der Bauer keine Möglichkeit, gestiegene Kosten und ähnliches weiterzugeben. Wie auch, bei einem Getreidepreisanteil von zirka einem Cent am Brötchen oder 25 Cent für einen Liter Milch. ( . . )

Mike Krost aus Lübben schreibt zum Beitrag „Hartz IV stößt im Osten auf breite Akzeptanz“ (RUND-SCHAU vom 6. Juni): Ich glaube es nicht, dass der Osten Hartz IV und seine Verschärfung gut findet. Gefragt wurden nicht Hartz-IV-Empfänger, sondern wahrscheinlich Leute, die Jobs haben und die finden das immer gut, wenn Arbeitslose weniger bekommen! Und 1000 Bürger repräsentieren niemals den ganzen Osten! ( . . )

mei\_01\_01